

STANDPUNKT; Umweltsteuern für Flüchtlinge; Ein Finanzierungsvorschlag / Von Guntram Wolff

713 words

31 May 2016

Frankfurter Allgemeine Zeitung

FAZALG

16

124

German

Copyright 2016 Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Provided by Frankfurter Allgemeine Zeitung Archiv

Die Länder tun sich schwer, das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei umzusetzen, und die Debatte, wie die Migrationspolitik der Europäischen Union finanziert werden kann, spitzt sich weiter zu. Italien hat vorgeschlagen, sogenannte EU-Migrationsbonds aufzulegen, um die Einwanderung in EU-Länder bezahlen zu können, während der Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorsieht, die mit der Migration verbundenen Kosten, unter anderem für verstärkte Kontrollen an den europäischen Grenzen, durch eine gemeinschaftlich vereinbarte Kraftstoffsteuer aufzubringen.

Ein Bündeln der Ressourcen zur Finanzierung von Migration und Grenzkontrollen macht Sinn in einer EU, in der interne Grenzkontrollen größtenteils abgeschafft sind. Der Schutz der Außengrenzen ist eine gemeinsame Aufgabe, die am wirksamsten durchgeführt werden kann, wenn sie auch gemeinsam finanziert wird. Die EU-Länder sollten außerdem bezüglich politischer Einflussnahme mit Nachbarländern zusammenarbeiten und in Flüchtlingsfragen kooperieren.

Die EU tut dies schon im Rahmen des Deals mit der Türkei und auch in Gesprächen über Libyen. Und wieder werden EU-Aktionen wesentlich mehr Gewicht haben, wenn die verschiedenen Politiken der Länder eng aufeinander abgestimmt sind. Sobald die politischen und verwaltungstechnischen Kapazitäten aufgebaut sind, benötigen die außenpolitischen Maßnahmen der EU außerdem eine eigene Finanzierungsquelle.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die kurzfristige Haushaltsbelastung durch Asylbewerber auf durchschnittlich 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Einige Länder haben allerdings wesentlich höhere Ausgaben. Zu den Asylkosten kommen außerdem noch die Kosten anderer Konzepte hinzu, zum Beispiel für effektive Politik außerhalb der EU und für die Finanzierung von Frontex, der Agentur zur Kontrolle der europäischen Außengrenzen. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Finanzierung der damit verbundenen Maßnahmen

können nicht allein Griechenland, Italien und anderen Peripheriestaaten überlassen werden - genauso wenig können Deutschland und Schweden fast alle ankommenden Flüchtlinge aufnehmen und finanzieren. Diese Aufgabe muss gemeinsam geschultert werden.

Gemeinsame Grenzkontrollen und eine gemeinsame Migrationspolitik stellen ständige Kosten dar, denn - laut dem Strategiepapier - werden die Ströme der Migranten in Richtung EU voraussichtlich nicht verebben. Ständige Kosten erfordern auch eine ständige Bereitstellung von Ressourcen und können nicht defizitär finanziert werden. Die Idee, zur Finanzierung solcher Kosten eine gemeinsame Steuer zu schaffen, ist deshalb begrüßenswert. Wolfgang Schäubles Idee einer Benzinststeuer ist ein Vorschlag, der eine vernünftige Marschrichtung vorgibt.

Eine Besteuerung von Kohlenstoffemissionen auf europäischer Ebene hätte außerdem den positiven Effekt, die auf dem Pariser Gipfel vereinbarten Klimaschutzziele der EU zu erreichen. Wenn Europa seine Verpflichtungen zum Klimaschutz ernst nimmt, muss die Gemeinschaft ihr Emissionshandelssystem (ETS) reaktivieren, aber auch Steuern auf Treibhausgasemissionen erheben, die von diesem System nicht erfasst werden. Täglich verbraucht die EU etwa 1,5 Millionen Tonnen Öl - mit einer höheren Mineralölsteuer könnten deshalb genug Einnahmen generiert werden, um mit der Flüchtlingskrise fertig zu werden. Die Kosten würden dann zwar von den Verbrauchern getragen, aber längerfristig würde eine gut funktionierende Lösung auf europäischer Ebene Geld sparen.

Trotzdem hebt der italienische Vorschlag zu Recht die Bedeutung von Anleihen hervor. Die Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise werden nicht immer gleich hoch sein. Aktuell gibt es erhebliche einmalige Kosten für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur und von Frontex, für den Kauf notwendiger Ausrüstungsgegenstände et cetera. Laut den Grundsätzen der neoklassischen Wirtschaftstheorie sollten hohe temporäre Kosten bei konstant gehaltenem Steuersatz durch Schulden finanziert werden, um Unwirtschaftlichkeit und falsche Investitionsentscheidungen zu vermeiden.

Sowohl der italienische Vorschlag als auch der Ansatz des deutschen Finanzministers betonen, dass die Lösung der Flüchtlingskrise Ressourcen erfordert und dass ein europäischer Ansatz zur Bereitstellung dieser Mittel wünschenswert wäre. Schäuble hat recht, wenn er dafür Steuermittel ansetzen will und sagt, dass es sinnvoll wäre, eine Steuer einzuführen, die einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leistet. Gleichzeitig ist es von Vorteil, Steuereinkünfte mit Anleihen zu ergänzen, um die zeitweilig hohen Ausgaben decken zu können.

Damit dies durchführbar wird, muss vor allem ein passender rechtlicher und administrativer Rahmen geschaffen werden. Die EU-Verträge, vor allem die Artikel 191 und 192, ermöglichen die Schaffung einer Steuer, um die

Umweltziele der EU maßgeblich zu verwirklichen. Eine CO2-Steuer wird international als die richtige Steuer zur Umsetzung der Vermeidung einer Klimaänderung anerkannt.

Da die EU mit einem solchen Schritt Neuland betreten würde, ist eine umsichtige politische und administrative Planung erforderlich. Aber sowohl der Klimaschutz als auch die Migrationspolitik sind gemeinsame öffentliche Aufgaben, die auch gemeinsame Ressourcen benötigen, damit sie ihre volle Wirkung entfalten können.

Guntram Wolff ist Direktor der Forschungsinstituts Bruegel in Brüssel.

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Document FAZALG0020160531ec5v0002z